

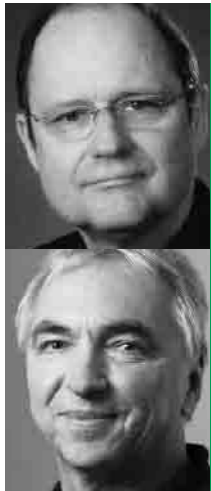


Den Teilnehmern der beiden WERK-STÄDTE waren im Vorfeld einige Arbeitsthesen zur Verfügung gestellt worden. Abgeleitet wurden diese aus den kommunalen Herausforderungen in den Handlungsfeldern Integration und Stadtentwicklung/Wohnen, denen sich die teilnehmenden Städte nach eigenem Bekunden gegenübergestellt sehen, sowie aus dem spezifischen Fokus des Städtennetzwerkes, der insbesondere auf innovative Milieuanalysen zur Integrierten Stadtentwicklung, auf neue lokale Dialogprozesse sowie die nachfolgende

Entwicklung neuer dialogischer Regelungsstrukturen gerichtet ist. Ausgehend von diesen Arbeitsthesen zielten die WERK-STÄDTE zum einen darauf, das Instrument der Milieuanalysen und dessen Leistungsfähigkeit vorzustellen und kritisch zu diskutieren sowie zum anderen darauf, die kommunale Herausforderung Integration und Wohnen in der ganzen Komplexität und Vielfalt einer vertiefenden, auf eine integrierte Stadtentwicklung zulaufenden Erörterung und Diskussion zu unterziehen.

Prof. Dr. Thomas Olk, Prof. Dr. Roland Roth

WERK-STADT Integration und Bildung – Wie macht Stadtgesellschaft Schule?



An der WERK-STADT „Integration und Bildung – Wie macht Stadtgesellschaft Schule?“, die im Rahmen des ersten Kongresses zum Städtennetzwerk in der Kalkscheune stattfand, beteiligten sich rund 80 Teilnehmer aus Politik und Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Moderiert wurde die WERK-STADT von Jürgen Kaube, Journalist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Referenten der WERK-STADT waren Prof. Dr. Thomas Olk von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal und Sebastian Beck, wissenschaftlicher Referent beim vhw e.V., Berlin.

Die Schnittmenge zwischen den beiden Handlungsfeldern Integration und Bildung muss nicht lange gesucht werden: Spätestens seit der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 wissen wir, dass in Deutschland die soziale und ethnische Herkunft von Kindern und Jugendlichen deren Bildungsniveau und Chancen auf eine höhere Bildung stark beeinflusst, stärker noch als in fast allen anderen untersuchten OECD-Ländern. So hat die Bildungsexpansion, die in den letzten Jahrzehnten stetig höhere Bildungsabschlüsse hervorgebracht hat (der Anteil der heute 20- bis 29-Jährigen mit Hochschul-/Fachhochschulreife liegt bei 33%, in der Gesamtbevölkerung hingegen bei lediglich 19%), nicht zu einer größeren Bildungsgerechtigkeit geführt. Stattdessen haben die oberen Leitmilieus, die Postmateriellen und Etablierten, überproportional von der Bildungsexpansion profitiert. Die prekären Milieus, insbesondere die der Migranten (hedonistisch subkulturelles und entwurzelt Milieu), wurden weiter abgehängt. Bildung wird daher immer wieder als eine zentrale Voraussetzung für Integration benannt und wiederholt rücken insbesondere die städtischen sozialen Brennpunktgebiete in den Fokus der Diskussion.

Integration und Bildung aus Milieuperspektive

Im ersten von drei kurzen Impulsen machte Sebastian Beck anhand ausgewählter Ergebnisse aus der vhw-Trendstudie 2010 deutlich, dass es keinen stadtgesellschaftlichen Konsens gibt, wie gute Bildung oder gelungene Integration aussehen sollte. In den prekären Milieus hat Bildung zumeist einen geringen Stellenwert, die Bildung der Kinder wird ausschließlich der Schule überlassen und das Engagement der Eltern ist schwach. Die Postmateriellen und Experimentalisten sehen hingegen Familien weitaus stärker in der Bildungsverantwortung. Die Experimentalisten könnten hier ein Brücken bauendes Potenzial darstellen, da sie der modernen Mittelschicht zugeordnet werden und die Bildung ihrer Kinder aktiv unterstützen, während sie häufig zusammen mit benachteiligten Milieus in heterogenen Quartieren wohnen.

Arbeitsthese 1: Es gibt bei Integration und Bildung keinen stadtgesellschaftlichen Konsens



Auch im Themenfeld Integration differieren lebensweltliche Einstellungen stark voneinander. So sind es – um nur ein Beispiel zu nennen – primär die traditionellen Milieus und die Bürgerliche Mitte, für die ein notwendiger Bestandteil gelungener Integration die Unabhängigkeit von staatlicher Hilfe ist, während die kreativen Milieus dieser Aussage – wohl aus eigener Sorge vor einem möglichen Abstieg – weniger häufig zustimmen.

Die Themenfelder Bildung und Integration stehen durch ihre starke Ausrichtung auf den Sozialraum auch mit dem Themenfeld Wohnen im engen Zusammenhang. So sind insbesondere die Etablierten und Postmateriellen mit dem Schulangebot ihrer Nachbarschaft zufrieden, während die Experimentalisten und Hedonisten die Qualität der Schulen in der Umgebung als schlecht bewerten. Dies kann, je nach Milieuzugehörigkeit, entscheidend für die Wahl des Wohnortes und damit für die soziale Zusammensetzung in Quartieren sein. Bei der Frage nach Kontakt zu Migranten wird auch die Notwendigkeit eines genauen Blicks auf die ethnische und auch milieuorientierte Zusammensetzung in Quartieren deutlich. So zeigt das Profil der Experimentalisten und Hedonisten, dass beide in ihren Nachbarschaften viel Kontakt zu Migranten haben, dieser jedoch nur bei den Hedonisten, die sich überwiegend weniger Kontakt wünschen, Konfliktpotenzial birgt. Die Postmateriellen hingegen begrüßen den Kontakt zu Migranten, auch wenn sie selber in sehr heterogenen Nachbarschaften leben. Hieraus können sich Potenziale und Chancen für bestimmte Milieukonstellationen, die dank der mikrogeografischen Verortung der Milieus im Raum abgebildet werden können, ableiten.

Arbeitsthese 2: Vom Fokus auf Problemquartiere zu übergreifenden und gesamtstädtischen Ansätzen

Die Abbildung der Milieukonstellationen im Raum macht jedoch nicht nur die (Konflikt)-Potenziale innerhalb von Quartieren deutlich. Sie zeigt durch die Einbettung benachteiligter Stadtteile in die gesamte Stadt auch mögliche Potenziale, die in den benachbarten Quartieren nutzbar gemacht werden können. Weil die Handlungsfelder Integration und Bildung und auch die in diesen Handlungsfeldern wichtigen Akteure – seien es Migrantenorganisationen oder weiterführende Schulen – nicht an Quartiersgrenzen Halt machen, braucht es Lösungskonzepte, die über den Sozialraum hinaus gehen und die Gesamtstadt in den Blick nehmen.

Ungleiches gleich oder Ungleiches ungleich behandeln?

Prof. Dr. Thomas Olk knüpfte in seinem Beitrag an die Schnittstelle zwischen Bildung und Sozialraum an. Er stand unter der Überschrift „Wie macht Stadtgesellschaft Bildung?“ und setzte somit gleich zu Beginn das Zeichen, dass Bildung mehr ist als Schule. Prof. Olk stellte erste zentrale Ergebnisthesen vor, die aus dem im Rahmen des Städtenetzwerks finanzierten vhw-Projekts „Educational Governance“ gezogen werden können.

Die Kumulation von Problemlagen in vom Abstieg bedrohten Quartieren – die hohe Anzahl an Migranten in prekären Lebenslagen, hohe Arbeitslosigkeit, soziale Segregation, niedrige Bildungsabschlüsse etc. – machen horizontal integrierte

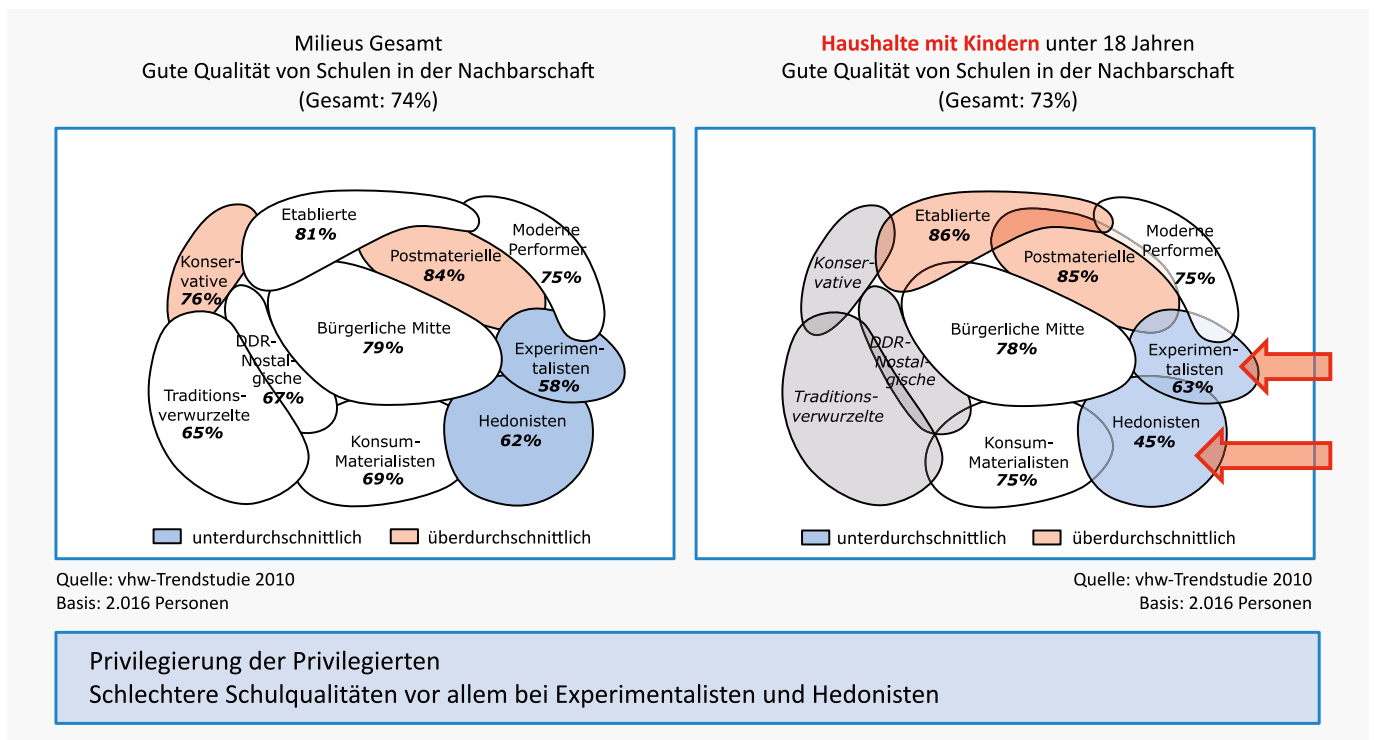


Abb. 1: Die Wohnumgebung der Milieus – Qualität der Schulen



Lösungsansätze notwendig, die Bildung in der Verbindung zu anderen quartiersbezogenen Handlungsfeldern sehen. Bildungsangebote und die Bevölkerungszusammensetzung eines Quartiers passen sich wechselseitig an. Denn mangelhafte Bildungsangebote können Kompetenzen, die schon im Kleinkindalter nicht erlernt werden, nicht kompensieren und führen zu einer verstärkten Deprivilegierung der Anwohner. Am Ende steht ein neues Passungsverhältnis von schlechten Bildungsangeboten einerseits und einer Anwohnerschaft, die kaum Erwartungen an Bildungsangebote hat. Das Umgekehrte findet sich in den bessergestellten Quartieren. Ein Tunnelblick auf die Probleme im Bereich Bildung wird einem solchen Abwärtstrend jedoch nicht gerecht werden.

Arbeitsthese 3: Konzentrierte Problemlagen benötigen horizontal integrierte Lösungsansätze

Ein Spezifikum des Bildungsthemas ist die Zuständigkeit der Länder. Dadurch stoßen zwei unterschiedliche Handlungslogiken aufeinander: Auf der Landesebene besteht das Ziel, gleiche Bildungsvoraussetzungen in den Schulen zu schaffen, was dazu führt, dass Ungleiches gleich behandelt wird (wenngleich hier Fortschritte zu verzeichnen sind). Die Kommunen wollen und müssen jedoch Ungleiches ungleich behandeln, was bedeutet, mehr Investitionen in den benachteiligten Quartieren zu tätigen. Dies hat Umverteilungsentscheidungen zur Folge, die weniger Beteiligung und mehr „leadership“ durch demokratisch legitimierte Entscheidungen von Politik und Verwaltung bedürfen, so die These von Prof. Olk, die einigen Widerstand im Plenum provozierte. Durch Förderprogramme, so der Einwand, sei es relativ einfach, Prioritäten zu setzen. Eine Umverteilung außerhalb bzw. nach Ablauf von Förderungen sei jedoch „politischer Selbstmord“. Prof. Olk wies darauf hin, dass (freiwillige) Bildungsnetzwerke trotz der vielen positiven Effekten nur bei „Gewinnerspielen“ funktionieren, denn sobald es in Entscheidungen Verlierer gibt, werden diese aus dem Netzwerk aussteigen. Über die Frage, ob Umverteilungsmaßnahmen nicht auch als Win-win-Situation mit Beteiligung organisiert werden könnten, herrschte keine Einigkeit.

Arbeitsthese 4: Bildungslandschaften statt Projektitis

Prof. Olk stellte dem durch die Länderhoheit bedingten Top-down-Vorgehen auch Bottom-up-Strategien gegenüber. Für ein Mehr an Beteiligung müssen auch nichtstaatliche Akteure in Bildungsnetzen integriert und deren Potenziale genutzt werden. Ein koordiniertes Vorgehen stoße beim großen „Projektzirkus“ aufgrund der Eigenlogik der unterschiedlichen Organisationen und Institutionen in den Quartieren jedoch auf große Herausforderungen. Beteiligung ist dann mehr als eine qualitative Aufwertung von Entscheidungen, mehr als eine Methode der Legitimitätsverschaffung. Sie ist ein Verständigungsprozess, ein Kennenlernen und Aushandeln zwischen unterschiedlichen, konträr zueinander stehenden Milieus. Dabei umfasst Beteiligung sowohl zielgruppenspezifische Aktivierungsstrategien (Bildungsmobilisierung) als auch Ent-

scheidungs- und Gestaltungsbeteiligung. Diese Mischung aus Bildungsnetzwerken im Quartier, aus gesamtstädtischen Strategien und Umverteilungsmaßnahmen durch „leadership“ auf kommunaler Ebene und aus dem Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen auf Länderebene gilt es künftig noch viel mehr prozessorientiert miteinander zu verschränken.



Abb. 2: WERK-STADT Integration und Bildung – Wie macht Stadtgesellschaft Schule?

Multikulti oder interkulturell?

Das Städtenetzwerk steht beim Thema Integration im Bezug auf die Auswertung von Integrationspolitik und Milieuzusammenhängen noch relativ weit am Anfang. Mit den Zielen der thematischen Querschnittsorientierung und dem Aufbau von Akteursnetzwerken, die für das Themenfeld Bildung ebenso wie für das Thema Integration gelten, knüpft das Städtenetzwerk an die zehn Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände an, die im Rahmen des Arbeitsprozesses „Vom NIP (Nationaler Integrationsplan) zum NAP (Nationaler Aktionsplan)“ für die kommunale Ebene zurzeit weiterentwickelt wurden. Zum Stand der Umsetzung der Empfehlung wird es in diesem Zusammenhang in den nächsten Monaten eine erste breiter angelegte Bestandsaufnahme geben. Prof. Dr. Roland Roth versteht seinen Impuls daher eher als „längere Ankündigung“, die sich auf zwei Kernfragen zum Thema Integration konzentriert und einladen soll, sich zukünftig gemeinsam tiefer mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Die erste Kernfrage dreht sich um mögliche Leidbilder kommunaler Integrationspolitik. „Integration“ bezeichnet eine vorläufige Konsensformel, deren realer Gehalt von Assimilation bis Multikultur reicht. Das vielfach diskutierte Leitbild „Multikulti“, in dem die unterschiedlichen Kulturen nebeneinander in einer Stadt leben, läuft teilweise integrierten Entwicklungsperspektiven zugegen und wird zunehmend vom Leitbild der interkulturellen Stadt abgelöst, in der ein Vermittlungsprozess zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen angestrebt wird. Das Ziel ist hier ein Abbau von Milieugrenzen durch den Fokus auf Gemeinsamkeiten anstatt auf Unterschiede. Dieses Leitbild lehrt zum einen den Umgang



mit Vielfalt und das Arbeiten in heterogenen Gruppen als eine wichtige berufliche Schlüsselkompetenz und bietet den Raum, Vielfalt auch als Quelle für Innovationen zu verstehen und zu nutzen. Vielfalt kann, so wurde in der späteren Diskussion deutlich, zum wichtigen ökonomischen Potenzial eines Quartiers werden und die berufliche und soziale Integration stärken. Die „Kontakthypothese“, die den produktiven Charakter interkultureller Begegnungen auf Augenhöhe betont, verweist drittens auf die Möglichkeit zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit. Das primär auf Grundlage von Robert D. Putnams Studien zum Sozialkapital angeführte Gegenargument, verstärkte ethnische Heterogenität führe zu einem Verlust von „bridging“ Sozialkapital, ist wissenschaftlich überprüft und zumindest für Europa nicht bestätigt worden. Das Leitbild der interkulturellen Stadt nimmt die unterschiedlichen Milieus der Mehrheitsgesellschaft sowie die Migrantenumilieus mit und setzt alle Anstrengungen auf die Organisation von Begegnungen und Austausch. Dabei verändern sich – so die Erwartung – einerseits die Herkunftsmilieus und andererseits werden die Grenzen zwischen den Milieus fließender. Es wird also künftig zu diskutieren sein, welche Konsequenzen wir aus unseren Analysen für ein mögliches Leitbild ziehen werden.

Arbeitsthese 5: Integrationslandschaften statt Alimenterung

In der zweiten Kernfrage geht es um die Repräsentanz von Milieugruppen in demokratischen Prozessen. Streben wir an, dass alle Milieus in möglichst ausgewogener Weise repräsentiert werden und wenn ja, welche Methoden und Strategien haben wir zur Hand? Es gibt zahlreiche, bereits erprobte Möglichkeiten der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, von der verpflichtenden Repräsentation in allen kommunalen Beratungsgremien bis hin zu Integrationsräten mit eigenem Budget. Es bedarf jedoch eines prüfenden Blicks auf diese Methoden der Beteiligung, denn nicht alle haben die gewünschte Wirkung. So kann z.B. die Förderung von Migrantenorganisationen, durch die sich längst nicht alle Zugewanderten vertreten fühlen, auch zu einer Privilegierung bestimmter Milieus führen. Ähnlich selektiv sind viele durch Urwahl konstituierte Migrantenvvertretungen, wenn die Wahlbeteiligung unter 20% liegt. Wie eine demokratischen Gleichheitsnormen entsprechende Ausgestaltung politischer Integration von Zugewanderten auf kommunaler Ebene aussehen könnte, verdient jedenfalls mehr Aufmerksamkeit und Experimentierfreude, um in einer heterogener werdenden Stadtgesellschaft eine möglichst partizipative politische Gestaltung zu ermöglichen.

Es gilt, an dieser Stelle durch ressortübergreifendes, integriertes Monitoring und weiterführende Analysen bessere Lösungsansätze zu finden. Ein Mangel an generalisierbaren empirischen Studien darf jedoch nicht zu einem Stillstand in der Erprobung von Methoden führen, das wird auch in der den Vorträgen anschließenden Diskussion deutlich. Im Gegenteil müssen Modellprojekte entgegen der derzeitigen „Projek-

titis“ langfristig erprobt werden, um Wirkungen analysieren zu können, sowohl für das Thema Bildung als auch für das Thema Integration. Am Ende gilt es, die Themen als Querschnittsthemen zu verstehen und sowohl Integration in der Gestaltung von Bildungslandschaften mitzudenken als auch Bildung als Grundvoraussetzung für Integration und soziale Teilhabe zu verstehen.

WERK-STADT-Botschaft Integration und Bildung

Zum Abschluss der WERK-STADT wurden unter Einbeziehung der verschiedenen Vorträge sowie Diskussionsbeiträge allererste Ergebnisthesen formuliert, die – ohne Vollständigkeitsanspruch – im Sinne von Anregungen in die nachfolgende Podiumsdiskussion eingespeist wurden:

- Integriertes Vorgehen (Steuerung von „Projektitis“) steht in Spannung zu den Erfolgskriterien der Einzelprojekte
- Wir müssen Ungleiches ungleich behandeln für gleiche Teilhabechancen
- Milieu-Heterogenität braucht eine starke „Leadership“ der öffentlichen Hand, um Umverteilungsentscheidungen gegen privilegierte Milieus durchzusetzen
- Beteiligungsprozesse können zu einer besseren Verständigung zwischen den Milieus und dadurch zu einem Mehr an Integration beitragen (Kontakthypothese)

Prof. Dr. Thomas Olk

Institut für Pädagogik, Philosophische Fakultät, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Roland Roth

Professor für Politikwissenschaften am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Hochschule Magdeburg-Stendal